

Antrag der Pax Christi Bistumsstelle Berlin

Die Pax Christi Bistumsstelle Berlin stellt den Antrag, dass der Diözesanrat des Erzbistums Berlin dem Aktionsbündnis der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht“ beitrifft.

Begründung:

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) betreibt seit nunmehr 15 Jahren hochqualifiziertes kirchliches Monitoring der deutschen Rüstungsexportpolitik. Der erforderliche Wille zur politischen Veränderung der längst nicht mehr restriktiven Rüstungsexportpraxis wurde dadurch nicht erreicht. Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ hat sich zum Ziel gesetzt, durch Information und Aktion die Zivilgesellschaft mehr zu aktivieren und so politischen Druck zur Veränderung der Rüstungsexportpraxis Deutschlands zu erreichen.

Deutschland ist nach den USA und Russland der drittstärkste Waffenexporteur der Welt. Einige Zahlen zur Verdeutlichung: Im Jahr 2011 wurden laut Rüstungsbericht der Bundesregierung für 5,41 Mrd. € Rüstungsausfuhren genehmigt, 14% mehr als 2010. Darunter hatten die Genehmigungen an sogenannte Drittstaaten – also nicht EU oder Nato oder denen Gleichgestellte – den seit Jahren höchsten Anteil von 42%. Im Jahr 2012 wurden allein an Saudi Arabien Rüstungsexporte in Höhe von 1,23 Mrd. € genehmigt und darin sind die umstrittenen Panzer des angefragten Typs Leopard II und Boxer noch gar nicht enthalten. Die genehmigten Gewehre stammen von der Firma Heckler & Koch, die Panzer wollen Kraus-Maffei-Wegmann und Rheinmetall liefern. 2009 erhielt Saudi Arabien neben anderen Ländern von der Fa. Heckler & Koch eine Lizenz zur Eigenherstellung von Gewehren G3. Das Sturmgewehr G36 von Heckler & Koch tauchte auf beiden Seiten im Krieg in Libyen auf, auch in Georgien und Mexiko bei der Bekämpfung von „Aufständischen“. 2010 wurden U-Boote an Portugal und Griechenland geliefert. Dadurch sind wir quasi mitbeteiligt an dem wirtschaftlichen Desaster in diesen Ländern. Laut einem UNO-Bericht sind kleine und leichte Waffen im Wert von 870 Mrd. € und Patronen im Wert von 12 Mrd. € im Umlauf. Jährlich sterben ½ Mio. Menschen durch Kleinwaffen.

Zwei Gesetze regeln den Waffenexport: Das Kriegswaffenkontrollgesetz regelt die Herstellung und den Vertrieb. Zuständig ist das Außenministerium. Den Export regelt das Außenwirtschaftsgesetz. Zuständig ist dafür das Bundeswirtschaftsministerium.

Der Europäische Rat hat 2008 gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärgütern beschlossen. Danach sind Ausfuhrverweigerungen vorgesehen, wenn in den Empfängerländern Menschenrechtsverletzungen festgestellt oder Konflikte und Spannungen verschärft werden können.

Die Entscheidung über Genehmigungen von Rüstungsgütern trifft der geheim tagende Bundessicherheitsrat. Seine Mitglieder sind: die Kanzlerin und die Minister für Äußeres, Wirtschaft, Verteidigung, Finanzen, Entwicklung, Inneres und Justiz. Es fehlt jede parlamentarische Kontrolle.

Die Achtung der Menschenrechte und die Wahrung von Freiheit und Stabilität einer Region sind oft nicht die entscheidenden Kriterien. Die Regelungen der Gesetze werden nach politischen und wirtschaftlichen Interessen ausgelegt. Die Tatsache, dass Saudi Arabien ein Gegner des

Iran ist und der Iran Israel bedroht, reicht zur Genehmigung von Waffenlieferungen an Saudi Arabien aus.

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht“ startete im Jahr 2011, um mit gemeinsamen Kräften eine politische Umkehr in der Rüstungsexportpraxis zu initiieren. Trägerorganisationen sind u.a. MISEREOR, Brot für die Welt, Pax Christi, der BDJ, Ohne Rüstung Leben, Terre des hommes, eed, die deutsche Franziskanerprovinz, Ärzte gegen den Atomkrieg ...

Ca. 150 Verbände, Initiativen und Organisationen sind bisher Mitglieder des Aktionsbündnisses geworden, darunter die Diözesanräte (auch Diözesankomitee od. Katholikenrat genannt) von Rottenburg-Stuttgart, Würzburg, Aachen, Freiburg, Münster, Trier, der Sachausschuss Mission-Entwicklung-Frieden von Osnabrück, einige evangelische Landeskirchen, viele kirchliche Verbände und Gemeinden, Bürgerinitiativen, Eine-Welt-Initiativen, Stadtteilgruppen ...

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ sammelt Unterschriften für eine Klarstellung im Grundgesetz. Dort soll es künftig im Artikel 26,2 heißen: „Kriegswaffen und Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“

Erste Schritte wären auch die Rücknahme der Exportgenehmigungen, die Abschaffung des geheimtagenden Bundessicherheitsrates zugunsten einer öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle der Rüstungspolitik, eine zeitnahe Veröffentlichung des Rüstungsexportberichtes im 1. Quartal des folgenden Jahres und ein grundsätzliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und Rüstungsgütern durch eine Klarstellung des Grundgesetzartikels 26,2.

Die Ziele der Aktion Aufschrei entsprechen den Forderungen der kirchlichen Ethik. So sagte Erzbischof Zollitsch am 1. Januar 2013, dem Weltfriedenstag: „Es muss uns wachrütteln, wenn weltweit Rüstungsexporte ein florierendes Geschäft darstellen und die Ausgaben für Militär und paramilitärische Einheiten immens steigen.“ Erzbischof Thissen sagte bei einer Misereorkonferenz 2012: „Es darf keinen Strategiewechsel in der Rüstungspolitik geben. Dies widerspricht eindeutig dem Verfassungsgebot einer friedenssichernden Außenpolitik und untergräbt alle Bemühungen, um eine nachhaltige Entwicklung in den betroffenen Ländern. Die Genehmigungspraxis für Rüstungsexporte muss dringend reformiert werden u.a. durch die Einbeziehung des Bundestages.“ Papst Benedikt XVI. sagte im September 2012 auf dem Flug in den Libanon. „Ich würde sagen, dass endlich die Einfuhr von Waffen aufhören muss, denn ohne die Einfuhr von Waffen könnte der Krieg nicht weitergehen. Anstatt Waffen einzuführen, was eine schwere Sünde ist, sollten wir Ideen des Friedens, der Kreativität einführen, Lösungen suchen ...“

Die Mitgliedschaft im Aktionsbündnis „Aktion Aufschrei“ ist ein Beitrag zu einer heilsamen Regulierung des Waffenmarktes und zur Glaubwürdigkeit der kirchlichen Verkündigung.